



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 631 Postulat Roth David und Mit. über die Umsetzung des Konsolidierungsprogrammes 2017 (KP17) und die Eindämmung der Steuerhinterziehung / Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
David Roth hält an seinem Postulat fest.

David Roth: Es geht darum, dass Firmen auch regelmässiger überprüft werden, ob sie ihre Steuern richtig deklarieren oder nicht. Aktuell werden pro Jahr 2500 Firmen kontrolliert, das heisst, eine Firma wird durchschnittlich alle acht Jahre überprüft. Die Steuerunterlagen von Privatpersonen werden wahrscheinlich regelmässiger überprüft als jene von Firmen. Dass solche Überprüfungen tatsächlich etwas bringen, haben verschiedene öffentliche Körperschaften bewiesen und ausgeführt. In der Botschaft des Bundesrates zur Unternehmenssteuerreform III wurde ausgeführt, dass man bei 75 zusätzlichen Steuerinspektoren auf Bundesebene mit 250 Millionen Franken Mehreinnahmen rechnen kann. Der Kanton St. Gallen hat vor rund zwölf Jahren sieben zusätzliche Steuerinspektoren eingestellt, das Resultat war hervorragend, die Stellen wurden mehrfach refinanziert. 2017 haben sich sowohl die FDP als auch die SVP für die Schaffung von vier zusätzlichen Stellen im Geschäftsbereich der juristischen Personen ausgesprochen. Diese Massnahme dient der Steuergerechtigkeit und fördert das Vertrauen der Bevölkerung. Die Steuergerechtigkeit und das Vertrauen in den Staat hängen massgeblich davon ab, dass alle ihre Steuern richtig deklarieren. Falls mit den vier Stellen nicht das gewünschte Resultat erzielt wird, können sie nötigenfalls wieder gestrichen werden. Gehen Sie das Experiment ein und lassen Sie sich vom Resultat überraschen. Ich bitte Sie, meinem Postulat zuzustimmen.

Urban Frye: Es geht weniger um Steuerbetrug, da die meisten Firmen ihre Steuerunterlagen korrekt einreichen. Die Regierung argumentiert, dass die Firmen auch von der Eidgenössischen Steuerverwaltung und den Ausgleichskassen überprüft würden. Es geht aber mehr um Grauzonen, die von den juristischen Personen ausgenutzt werden. Die Abzugsmöglichkeiten können jedoch verschieden interpretiert werden. Ich verstehe jedes Unternehmen, das versucht, möglichst viele Abzüge im Rahmen des gesetzlich Möglichen vorzunehmen. Es wäre sinnvoll, die Abzüge klarer zu überprüfen. Die Finanzkontrolle hat zudem schon mehrmals moniert, dass bei den für die juristischen Personen zuständigen Steuerbeamten keine Rotation stattfindet. Es könnte sein – muss aber nicht –, dass deshalb die Überprüfungen mit der Zeit etwas weniger genau durchgeführt werden. Mit der Einführung des Rotationsprinzips könnte ein besserer Effekt erzielt und das Vertrauen der Bevölkerung in die Steuerbehörden vergrössert werden. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt der Erheblicherklärung zu.

Heidi Scherer: Was gibt es Besseres, als wenn ein avisiertes Ziel ohne zusätzliche Ressourcen erreicht werden kann? Die FDP ist in diesem Fall nicht für Experimente. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt auf, dass mit verstärkter, risikoorientierter

Selektion und Prüfung der Steuereinstellung eine wirksamere Kontrolle und Präventivwirkung erzielt werden. Zudem ist der Austausch zwischen den verschiedensten Kontrollgremien auf Bundes- und Kantonsebene bereits heute schon wertvoll und effektiv. Der Verzicht auf die zusätzlichen Steuerinspektoren ist begründet und wurde in den Kommissionen diskutiert. Ich finde es bemühend, wenn den Steuerpflichtigen – also den Zahlenden – immer wieder Misstrauen entgegengebracht wird, hingegen bei den Bezüglern von staatlichen Leistungen – also den Nehmenden – nichts hinterfragt werden darf. Diese Grundhaltung ist asymmetrisch und für mich nicht nachvollziehbar. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat einstimmig ab.

Roland Fischer: Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat nicht aus der Überzeugung ab, dass es keine zusätzlichen Steuerinspektoren braucht, sondern weil sie diese Entscheidung der Regierung überlassen will. Wenn es Anhaltspunkte gäbe, dass zu wenig Personal vorhanden ist, müsste das überprüft werden. Falls Grund zur Annahme bestünde, dass die risikobasierten Kontrollen nicht gut durchgeführt werden, wäre das wohl ein Fall für die AKK. Die Forderung nach zusätzlichen Steuerinspektoren hat nichts mit Misstrauen gegenüber den Steuerzahlenden zu tun, sondern mit einer guten und risikobasierten Überprüfung und einer Qualitätssicherung. Trotzdem liegt es nicht an unserem Rat, der Regierung konkrete Vorgaben zu machen. Ich gehe davon aus, dass die Steuerverwaltung ein ureigenes Interesse daran hat, genügend Steuerinspektoren einzustellen.

Yvonne Hunkeler: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ebenfalls ab. Die Steuerverwaltung muss auf keine Steuereinnahmen verzichten, denn diese können mittels anderer Kontrollen und des bestehenden Personalkörpers eingefordert werden. Zudem kann der Kanton nicht einfach auf gut Glück vier Personen einstellen und allenfalls wieder entlassen. Das Departement hat glaubwürdig aufgezeigt, dass Verdachtsfällen schon jetzt nachgegangen wird.

Jörg Meyer: Ich verwehre mich gegen die Aussage von Heidi Scherrer, dass man bei Sozialhilfebezüglern weniger Kontrollen durchführt. Der Kanton Luzern ist einer der ersten Kantone, der auf kommunaler Ebene mit Sozialinspektoren arbeitet. Arbeitslose Personen, die beim RAV angemeldet sind, unterstehen ebenfalls strengen Kontrollen. Sozialhilfebezüglern werden durch die Gemeinden kontrolliert. Im Gegenteil, diese Menschen verfügen nicht über eine grosse Lobby in unserem Rat. Das Thema Steuerinspektoren hat für mich etwas mit Glaubwürdigkeit und dem Vertrauen in unser Steuersystem zu tun, dass man bei allen Gruppen der Bevölkerung gleich gut hinschaut und nicht im einen oder anderen Fall die Samthandschuhe hervornimmt. In diesem Sinn ist das für mich sicher kein Experiment, sondern Ausdruck einer politischen Haltung. Natürlich sind wir um die erzielten Einnahmen froh. Es geht aber auch um politische Fairness, und zudem könnten sich die Kantonsfinanzen auch wieder verschlechtern.

Dieter Haller: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab. Juristische Personen reichen ihre Steuererklärung inklusive Jahresabrechnung und weiterer Unterlagen jährlich ein. Momentan befinden sich rund 22 000 steuerpflichtige Aktiengesellschaften im Kanton Luzern, davon werden rund 19 000 im Kanton Luzern besteuert und rund 2500 einer vertieften Kontrolle unterzogen. Zusätzlich führen die Eidgenössische Steuerverwaltung, die Ausgleichskassen und bei grösseren Unternehmen externe Revisionsstellen Kontrollen durch. Es finden in einem mehr als ausreichenden Ausmass Kontrollen statt, sodass eine Aufstockung der Anzahl Steuerinspektoren keinen Mehrwert bringt. Die Postulanten stellen einzig die Unternehmer unter Generalverdacht, dass sie Steuern hinterziehen und es deshalb mehr Kontrollen brauchen würde. Die Verwaltung wird aufgebläht und generiert unnötige Kosten zulasten des Allgemeinwesens. Bereits heute haben wir eine Last an Steuern und Abgaben von fast 40 Prozent. Somit sind wir im europäischen Vergleich praktisch das Schlusslicht, nur Portugal liegt noch hinter uns. Darum ist es enorm wichtig, dass die Unternehmer, aber auch der Staat, der Kanton und die Gemeinden nicht mit noch mehr Bürokratie belastet werden, sondern sie sollten wieder konkurrenzfähig werden können.

Marcel Budmiger: Geht es der SVP darum, dass alle Unternehmer unter Generalverdacht gestellt werden, oder will sie schlussendlich einfach diejenigen, die Steuern hinterziehen,

schützen? Gestern war es scheinbar noch zu schwierig, die Vormiete mittels eines einfachen Formulars auszuweisen, das entsprechende Geschäft wurde jedenfalls abgelehnt. Das Ausfüllen der Steuererklärung ist jedoch wesentlich schwieriger. Da ja praktisch alle ihre Steuern richtig deklarieren wollen, käme der Einsatz von Steuerinspektoren eher einer Dienstleistung gleich, denn scheinbar kommt es beim Ausfüllen der Steuererklärung auch oft zu Fehlern.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Es ist auch das Ziel des Regierungsrates, dass die Steuererklärungen korrekt ausgefüllt werden. Wie Sie unserer Stellungnahme entnehmen können, wurden bei den juristischen Personen zwei der ursprünglich vier in Aussicht gestellten Stellen geschaffen. Gemäss Aufgaben- und Finanzplan verfügt die Dienststelle Steuern über einen Etat von 170 Stellen, wovon aktuell 7,8 vakant sind, da es nicht so einfach ist, ausgewiesene Fachpersonen zu finden. Mit dem Postulat würde der Etat auf 174 Stellen erhöht, und entsprechend wären 11,8 Stellen offen. Wir sind in der Lage, genügend Personen anzustellen, wir haben das auch bei den juristischen Personen getan und werden es auch in Zukunft tun. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt das Postulat mit 78 zu 32 Stimmen ab.